

EGMR: Die Lohnsteuerkarte und die Religionsfreiheit

Maximilian Steinbeis

2011-02-10T00:24:59



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird nächste Woche mal wieder Gelegenheit haben, sein laizistisches Profil zu schärfen. Am 17. Februar will der EGMR sein Urteil im Fall [Wasmuth v. Deutschland](#) verkünden.

Johannes Wasmuth ist ein Münchner Anwalt, der sich viel mit Eigentums- und anderen DDR-Bewältigungsverfahren befasst hat und offenbar auch von glühender antiklerikaler Leidenschaft beseelt ist. Aus diesem Grund führte er einen Feldzug gegen die Pflicht, trotz fehlender Konfessionszugehörigkeit in der Lohnsteuerkarte den Kirchensteuerabzug eintragen lassen zu müssen – bzw. das Fehlen desselben, angezeigt durch einen kleinen Strich.

Der verletzt nach Ansicht von Rechtsanwalt Wasmuth dessen negative Religionsfreiheit, weil er damit preisgeben muss, keiner Religion anzugehören, und weil er damit mittelbar die Privilegierung der Kirchen durch die Kirchensteuer unterstützt.

Beim [BVerfG](#) ist er 2001 mit dieser Position abgebildet: Im Staatskirchenrecht des Grundgesetzes sei die Trennung von Kirche und Staat

nicht im Sinne einer strikten, Ausnahmen und Durchbrechungen nicht zulassenden Trennung verwirklicht. Auch die vom Beschwerdeführer angesprochenen religionssoziologischen Verhältnisse haben die verfassungsrechtlichen Grundpositionen im Verhältnis zwischen Staat, Religionsgemeinschaften und dem einzelnen Bürger nicht verändert.

Ob das der EGMR genauso locker sieht?

Wir erinnern uns an den Fall [Grzelak](#). Da ging es im letzten Sommer um die Frage, ob ein Strich im Schulzeugnis bei der Religionsnote eines konfessionslosen Kindes die negative Glaubensfreiheit verletzt. Die hat der EGMR bejaht.

Der EGMR [neigt](#) bei Fragen des Laizismus, anders als das BVerfG, gelegentlich zu einem gewissen – pardon – negativen Glaubenseifer. Schon deshalb dürfen wir gespannt sein, ob und mit welcher Begründung er diesmal sogar an etwas derart Banalem wie dem Strichelchen in der Lohnsteuerkarte eine Menschenrechtsverletzung aufspüren wird.

Update 17.2.11: Der EGMR hat dann doch Herrn Wasmuth nicht zufriedenstellen mögen. Das Strichelchen in der Lohnsteuerkarte sei zwar ein Eingriff, aber am Ende zumutbar. Allerdings gab es zwei Richter, die das anders sahen.

Das [Urteil](#) liegt nur auf französisch vor (für alle, die sich gern über den EGMR aufregen: das wäre doch mal echt ein Anlass!).

Das Minderheitsvotum stammt von Isabelle Berro-Lefèvre, der Richterin des Fürstentums Monaco (kein Witz), die bulgarische Richterin Zdravka Kalaydjieva schließt sich ihr an.

Die Monegassin stört sich an dem in manchen Kommentaren hier angesprochenen Aspekt, dass man mit dem Strich in der Lohnsteuerkarte seine Nicht-Zugehörigkeit zu den etablierten Religionsgemeinschaften dem Arbeitgeber offenlegen muss. Dass sich der Fiskus der Arbeitgeber als einer Art Hilfs-Steuereintreiber bedient, sei kein ausreichendes Argument:

l'employé ne peut dissimuler à son employeur des événements concernant son état civil ou ses croyances religieuses.

Noch ein Wort zu Monaco, ich kann's nicht lassen: Monegasse müsste man sein. Es kann in dem Fürstentum unmöglich mehr als viereinhalb Juristen geben, also wäre die statistische Wahrscheinlichkeit, dass sie mich nach Straßburg schicken würden, verdammt hoch... Andorra, Liechtenstein und San Marino haben auch Richter da, der Andorraner ist sogar [Section President](#).